

Die bestypolitische Reform.

Budapest, 21. November.

Unter ungeschmälertem Interesse der Teilnehmer hat heute die Enquete über die bestypolitischen Reformpläne der Regierung ihre Beratungen fortgesetzt. Die Verhandlung eröffnete Ackerbauminister Barna Buzá mit einer kurzen Rede, in der er vor allem den gestrigen Rednern für ihre interessanten Ausführungen dankte. Es zeigt sich nun, daß bei uns die Meinungen in gewissen Fragen doch nicht ganz auseinanderstreben. Wenn die Frage der Besitzreform glücklich gelöst wird, darf man erhoffen, daß wir aus dem jetzigen schwierigen Zustand einen Ausweg finden werden und das Land einer glücklicheren Zukunft entgegengehen wird. Der Minister beantragte sodann, eine Zweiteilung der Materie vorzunehmen und den materiellen Teil von dem Durchführungsverfahren zu trennen. Ferner wären noch einige Spezialfragen zu erörtern, beispielsweise die Frage, bis zu welcher Grenze man bei der Aufteilung des Großgrundbesitzes gehen soll, oder die Frage, was bei der Aufteilung des Bodens mit dem fundus instructus zu geschehen hätte.

Nachdem Johann Ministerialrat Eduard Kristin-Lodich eine gestrige Bemerkung über die Weizenproduktion Dänemarks berichtigt hatte, ergriß als erster Redner Obergespan Peter Agoston das Wort. Er verwies auf die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage. Niemand vermag für Monate hinaus festzustellen, wie groß die Zahl derjenigen ist, die auf Boden reflektieren. Es bleibt auch recht fraglich, wann unsere Kriegsgefangenen heimkehren werden, denn in Sinne des Waffenstillstandsvertrages können sie eventuell für die Wiederherstellung ebeiten zurückgehalten werden. Der größte Teil der ungarischen Kriegsgefangenen besteht aus Landwirten; wenn wir jetzt auch den schönsten Aufteilungsplan entwerfen, werden sich nach langer Zeit noch rückstömende Kriegsgefangene finden, die nachträglich heimgekehrt, verlangen werden. Wenn man derartige Programme aufstellt, muß man die Volkspsychologie kennen und auf diese Rücksicht nehmen. Redner beantragte eine Uebergangslösung. Er will die in den heutigen großen Besitz vorhandenen großen materiellen und intellektuellen Werte sichern. Diesen Besitz fehlt es an Arbeitskraft. Die mit Boden zu beteiligenden Landwirte sollen in diesen großen Besitz auf gemeinschaftliche Rechnung Beschäftigung finden. Das Volk würde hieraus erkennen, daß etwas geschieht, und es wäre die Gefahr von Gewalttätigkeiten gebannt. Wenn man einem Mann zehn Joch Land gibt, wird er nicht wissen, was er mit diesem Boden anfangen soll. Die Expropriation der Besitz über eine gewisse Grenze hinaus wäre ausnahmslos durchzuführen.

Margraf Georg Pallavicini findet auch, es sei heute, da man noch nichts Bestimmtes über die zukünftigen Landesgrenzen weiß, unmöglich, mit konkreten Zahlen zu arbeiten. Etwas müsse aber unbedingt geschehen, damit das Volk den Ernst der Absichten erkenne. Man muß das Volk auch über die künftigen Steuerlasten aufklären. Es wäre vielleicht auch empfehlenswert, im Interesse der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Industrie die großen Besitz eventuell auf genossenschaftlicher Grundlage zum Teil zu erhalten. Die Mittelbesitz müßten so lang als möglich unberührt bleiben. In allererster Reihe müßten dagegen die Besitz fremder Staatsangehörigen aufgeteilt werden. Die aus Kriegsgewinnen erworbenen Güter müßten ebenfalls raschest an die Reihe kommen. Im allgemeinen seien jedoch die lokalen Verhältnisse maßgebend, generelle Richtlinien könne man schwer aufstellen. So unterliegt auch jedes Fideikommiß einer besonderen Beurteilung. Dem Gesinde müsse man sofort in irgendeiner Form Boden zuweisen, sonst wird man überhaupt keine Arbeitskräfte erhalten. Die Invaliden wären bei der Bodenverteilung zu bevorzugen.

Josef Deneß bemerkt, daß für die Industriearbeiter bei dieser großen Bodenverteilung nichts reserviert ist. Der Redner denkt an die Verwirklichung der Institution der Arbeitergärten. Ferner nimmt der Fragebogen auf die Kommissierung nicht Rücksicht. In Verbindung mit der Reform des Bodenbesitzes müßte auch im ganzen Lande die Kommissierung durchgeführt werden. Ferner darf nicht daran vergessen werden, daß für die aus Amerika heimkehrenden ungarischen Auswanderer Land reserviert werden müsse. Die Frage der Bodenpolitik hängt auch von der zukünftigen Zollfrage ab. Bleibt das Getreide zollfrei, so werden die sich nicht rentierenden Grundbesitz recht bald durch die Besitzer selbst zum Verkauf angeboten werden. Große Schwierigkeiten werden die großen Bauernstädte, Szeged, Debrecen, Szabadka usw. verursachen. Auch jenseits der Donau, wo es fast lauter Großgrundbesitz gibt, werden sich namhafte Hindernisse ergeben. Redner glaubt nach alledem, man müsse mit dem lokalen Patriotismus der Bauern rechnen, die an der Scholle des eigenen Dorfes lieben, und die Bodenverteilung dementsprechend einrichten. Ferner müsse man in der Bodenreform einen gewissen Konservatismus befolgen und die Mittelbesitz vorantzig aufrecht erhalten.

Minister Barna Buzá bemerkt, die Frage der Arbeitergärten sei im Fragebogen berücksichtigt. Die Frage der Kommissierung sei nicht aufgeworfen worden, um die Lösung der Besitzpolitik nicht zu verzögern.

Dr. Gyza Jarkas hält es für sehr wichtig, daß den Landwirten in der Nähe ihrer Wohnorte Boden zugewiesen werde, doch sei es nicht unmöglich, eine gruppenweise Kolonisation eines Teiles der Bewohner ein und desselben Dorfes durchzuführen. Auf die bisherige Produktionsstatistik darf man nicht zu viel Gewicht legen, da hier leicht Veränderungen vorkommen können. Einzelne größere Güter, die sich z. B. mit der Samenveredlung beschäftigen, würde Redner eventuell unter gesellschaftlicher Verwaltung fortbestehen lassen. Die Güter der toten Hand wären in erster Reihe zu verteilen. Man müßte genau konstatieren, wieviel Reflektanten auf Grund und Boden vorhanden sind. Dabei sollten nur verheiratete Männer in Betracht kommen. Die heimkehrenden Soldaten müssen unbedingt den zu verteilenden Boden als ihren festen Besitz erhalten. Redner gibt sodann ein genaues Programm für die Durchführung des Planes und meint, man könnte die Aktion bereits nach der neuen Ernte beginnen.

Nikolaus Döbroluczky, Vizepräsident des Landes-Agrikulturvereins, betont, daß eine kräftige, entwicklungsfähige Schicht kleiner Landwirte dem Lande erhalten bleiben müsse. Wenn diese Klasse ihre Existenz nicht findet, werde sie nach den Städten strömen. Um das zu verhindern, müsse man eben zur Landverteilung greifen. Es sei nur mit Freuden zu

begrüßen, wenn man die Zahl der selbständigen Existenzen in der Landwirtschaft vermehrt. Doch bedarf es auch anderer, sehr weitgreifender Reformen. Es geht nicht an, daß die Produkte der Landwirtschaft weiter in die Hände der Großindustrie gelangen. Hinsichtlich der Reihenfolge der Parzellierungen müsse man vor allem die Ansprüche bereinigen. Er stellt fest, daß wenn man jedem Berechtigten je 10 Joch Boden zuweisen wolle, ungefähr 22 Millionen Katastraljoch Boden erforderlich wären; demgegenüber stünde kaum die Hälfte dieses Areal zur Verteilung zur Verfügung. Das Maximum des zu belassenden Großgrundbesitzes könne nicht allgemein festgelegt werden, daselbe gilt aber auch vom Minimum. Hierbei seien die lokalen Bedürfnisse maßgebend. Man müsse eine langsame, aber sichere Reform der Bodenpolitik anstreben.

Robert Braun wünscht vor allem die Anfertigung eines Bodenkatasters, denn man müsse die Steuer- und Bodenfrage eng verknüpfen. Redner unterbreitet sodann eine Reihe von Detailvorschlägen.

Dionys Sebeß findet, die gegenwärtige Regierung sei in einer recht günstigen Lage. Man könne heute sozusagen tabula rasa machen. Das ganze Land erwartet vor allem die Antwort auf die Frage, wer Boden erhalten soll; hierauf gäbe es nur eine Antwort, daß diejenigen zu beteiligen sind, die den Boden wirklich benötigen. Hierbei gibt es auch sehr dringende Aufgaben. Der erste Schritt sei unbedingt die gemeindeweise Konfribierung der Berechtigten. Sodann müsse festgestellt werden, in welchen Gegenden die Bodenverteilung am dringlichsten ist. Die Aktion müsse unbedingt alle Attribute der Gesetzmäßigkeit an sich tragen. Das erfordert sehr namhafte technische Arbeiten. Es fehlt leider an geeigneten Ingenieuren, die instande wären, die Landverteilung technisch durchzuführen. Die Ausbildung hierzu geeigneter Kräfte müsse an Polytechnikum sofort in Angriff genommen werden; auch sonstige, vom Kriegsschauplatz heimkehrende geeignete Personen der Intelligenzberufe sollten für diese Arbeiten ausgebildet werden. Ueber die Frage, ob die aufzuteilenden Besitz als Pachtgüter, als Besitz oder in einer anderen Form überlassen werden sollen, ist heute jede Diskussion überflüssig, denn es könne einzig und allein nur das eine in Betracht kommen, daß die Parzelle dem neuen Besitzer voll und ganz als Besitz übergeben wird. Redner zieht aus der Epoche der Landverteilung in Frankreich nach der großen Revolution eine Reihe von sehr interessanten und lehrreichen Vergleichen herauf und behandelt zum Schluß die Frage, wie die Bodenreform bei uns am zweckmäßigsten durchgeführt werden könnte.

Staatssekretär Hugo Laehne, der inzwischen der Vorsitz übernommen hat, will nur bemerken, daß das Ackerbauministerium bereits für die Heranbildung der notwendigen Hilfskräfte vorgesorgt hat. Es sollen 500 Ingenieure und 500 Anwälte eigens für die Bodenverteilungszaktion erzogen und ausgebildet werden.

Eugen Vámos spricht im Namen der radikalen Partei. Er beantragt die Errichtung eines besonderen, aus Fachmännern bestehenden Generalstabes, der gemeinsam mit lokalen Gemeinderäten alle Einzelheiten der Durchführung der Bodenverteilung festzustellen hätte.

Generaldirektor Franz Paopera stellt als Hauptprinzipien fest, daß die Bodenverteilung unter voller Wahrung der sozialen Gesichtspunkte, der Interessen der Produktion und nicht minder unter Berücksichtigung der Interessen des Staatshaushaltes durchgeführt werden sollte. Redner erhebt seine Stimme dagegen, daß man die jetzigen Grundbesitzer darüber im unklaren lasse, was das Schicksal ihrer Besitz sein wird, man müsse jedem Besitzer die Möglichkeit belassen, wenigstens einen Teil seines Besitzes zu behalten. Es gehe auch nicht an, für den Boden die vor dem Kriege in Geltung gewesenenen Verkehrswerte zu vergüten. Was die Reihenfolge der Parzellierungen betrifft, sei hierbei nur der tatsächliche Bedarf und dessen Dringlichkeit maßgebend. Bei der Verteilung des Bodens selbst empfiehlt Redner das System der Versteigerung. Heute sind die Absichten der Zukunft noch unberechenbar. Es müßten daher die Grundprinzipien der neuen Steuer- und Bodenpolitik parallel festgelegt und gleichzeitig durchgeführt werden.

Nach einigen Aufklärungen des Staatssekretärs Hugo Laehne wurde die Fortsetzung der Enquete sodann auf morgen nachmittag 4 Uhr verlagert.